

Pressemitteilung

Baugenehmigungen: Düstere Halbjahresbilanz im Wohnungsbau

Freier Fall in allen Kategorien. Wohnungsmangel in Ballungsgebieten und deren Speckgürteln wird zementiert

36/24
Berlin, 16.08.2024

„Das erste Halbjahr lieferte aus wohnungsbaupolitischer Sicht eine weitere große Enttäuschung. Wir steuern auf das schwächste Genehmigungsniveau seit dem Jahr 2010 zu. Der Wohnungsmangel in Ballungsgebieten und ihrem Umland sowie in vielen Regionalzentren wird dadurch zementiert. Auch im Juni ist die Zahl der genehmigten Wohnungen weiter zweistellig zurückgegangen, zum 21. Mal in Folge“, so kommentiert der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Tim Oliver Müller, die heute vom Statistischen Bundesamt bekanntgegebenen Genehmigungszahlen für den Juni. Mit nur noch 17.600 Wohnungen im Neu- und Umbau wurde das Ergebnis des Vorjahresmonats um weitere 19,0 Prozent unterschritten (Januar bis Juni: Minus 21,1 Prozent). Hoffnung auf eine Belebung sei weiterhin nicht in Sicht, so Müller.

Das wichtigste Segment für die Wohnungsversorgung der Bevölkerung sei der Bau von Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, auf den zwei Drittel des Neubaus entfielen. Hier sei das Genehmigungsvolumen von Januar bis Juni um weitere 20,8 Prozent eingebrochen, nachdem bereits im Vorjahr ein Rückgang um ein Viertel verzeichnet wurde. Noch schlimmer sehe es im klassischen Eigenheimbau aus. Halte die aktuelle Genehmigungsflaute an, würde im Jahr 2024 mit rund 45.000 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern der bisherige Tiefpunkt des Jahres 2008 um die Hälfte unterboten, so Müller. „Das führt in der Konsequenz auch dazu, dass potentielle Eigenheimbauer weiter in ihren Mietwohnungen bleiben, und diese somit nicht für andere Mieterinnen und Mieter frei werden“, ergänzt Müller.

„Die Ampel unterstreicht ihren Willen, günstigen Wohnraum zu schaffen. Der politische Wille allein baut aber noch keine einzige Wohnung. Die harte Währung für die Bauunternehmen sind Aufträge für konkrete Projekte. Hier geht es nicht vorwärts. Im Gegenteil: Ein Jahr vor der Bundestagswahl hat sich die vielerorts herrschende Wohnungsnot zum sozialen Sprengstoff entwickelt. Und deshalb ist es ja so wichtig, dass wir alle, Politik, Wohnungsbaugesellschaften und Bauindustrie noch mehr machen, damit das Ruder rumgerissen wird. Mit dem industriellen Bauen zeigen wir dies bereits und senken Mieten um über 20 Prozent. Hingegen helfen immer neue staatliche Anforderungen und Vorgaben nicht weiter. Hier sind insbesondere die Bundesländer in der Pflicht, bei denen einige noch mit angezogener Handbremse agieren. Sie sollten dringend ihre Hausaufgaben erfüllen, dem Beispiel Niedersachsens folgen und ihre Landesbauordnungen entschlacken. Das alles zusammen schafft den Wohnungsbaurambo, den die Branche und zigtausende Mieterinnen und Mieter benötigen.“